

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Rückruf bei VW - welche Fahrzeuge sind in Bremen betroffen?

Von dem VW-Abgasskandal, bei dem die Volkswagen AG eine illegale Abschaltvorrichtung in der Motorsteuerung ihrer Diesel-Fahrzeuge verwendete, um Abgasnormen erfüllen zu können, sind in Deutschland über 2 Millionen Fahrzeuge betroffen. Im Oktober 2015 ordnete das Kraftfahrt-Bundesamt den verpflichtenden Rückruf von 2,4 Millionen Dieselfahrzeugen an, um einen regel- und zulassungskonformen Zustand der betreffenden Fahrzeuge herzustellen. Anschließend wurde Anfang 2016 mit der für den Kunden kostenlose Nachbesserung der Fahrzeuge begonnen.

Das Land Bremen mit seinen Fahrzeugen, die sich in der öffentlichen Hand befinden, ist ebenfalls betroffen und muss umrüsten lassen. Das Bundesland Bayern jedoch weigert sich, ihre 500 VW-Dienstwagen der Polizei zur Umrüstung in die Werkstatt zu bringen. Der bayrische Innenminister befürchtet, dass Schadensersatzansprüche verloren gehen könnten, wenn an den Bordcomputern der Fahrzeuge Veränderungen vorgenommen wurden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Dienstfahrzeuge sind bei den verschiedenen Senatsressorts, deren nachgeordneten Dienststellen sowie den zugeordneten Gesellschaften von dem Abgas-Skandal betroffen?
2. Wie viele dieser Fahrzeuge wurden bisher nach- oder umgerüstet?
3. Wenn nicht alle bereits nach- oder umgerüstet worden sind, wann werden die restlichen Fahrzeuge nach- oder umgerüstet?
4. Gibt es Dieselfahrzeuge, die nicht von dem Abgasskandal betroffen waren? Wenn ja, welche und warum nicht?
5. Gab es vor der Umrüstung Bedenken in Hinblick auf zukünftige Schadensersatzansprüche?

6. Liegen dem Senat Erkenntnisse vor, ob durch das Software-Update Schadensersatzansprüche verfallen? Sind z.B. Fälle bereits bekannt?
7. Wurden seit Bekanntwerden des Skandals weiterhin Diesel-Fahrzeuge, von welchen Herstellern, bei den verschiedenen Senatsressorts, deren nachgeordneten Dienststellen sowie den zugeordneten Gesellschaften angeschafft?

Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU